Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 12 | **München / 5. Jahrgang** | **22. März 1918**

BY

Lokale jüdische Aufgaben.

Vor drei Wochen berichteten wir über das Zustandekommen der V.J.O.D. Ob man sich überall im Reiche der Tragweite dieses Ereignisses und der Verpflichtungen, die es den deutschen Juden auferlegt, klar geworden ist? Es sieht noch nicht so aus. Und doch handelt es sich hier um eine Entwicklung der deutschen Judenheit, die eigentlich auch den Gleichgültigsten zum Nachdenken veranlassen sollte. Man denke: Liberale und Orthodoxe, erklärte Anhänger des Anpassungsgedankens und überzeugte Nationalisten, solche, die das Schicksal der deutschen Juden auf ewig mit Deutschland verbunden sehen möchten und solche, die ihnen den Weg nach Palästina weisen — alle diese Strömungen, die einander bisher grimmig befehdeten, vereinigt in einer einzigen Organisation! Es muß eine starke Notwendigkeit gewesen sein, die diese so verschiedenartigen Elemente veranlaßte, ihre Meinungsgegensätze zurückzustellen und sich zu verbünden. Es ist natürlich eine starke Notwendigkeit gewesen: man hat im Kriege erkannt — was viele so lange abstritten — daß das Judentum der ganzen Welt einen einheitlichen Organismus bildet, in dem die einzelnen Glieder nicht unabhängig voneinander existieren, sondern der in Mitleidenschaft gezogen wird, wenn ein einziges der Glieder zuckt.

Bedarf es noch der Belege hierfür? Hier sind einige: als die Wahrscheinlichkeit auftauchte, daß polnische Juden in größerer Zahl nach Deutschland einwandern würden, loderte in Deutschland der Judenhaß neu empor, und kehrte sich auch gegen die längst hier eingebürgten Juden. Als die amerikanischen Juden ihre Sympathie für die Mittelmächte erwiesen, begann in England die Judenhetze. Als Rußland seinen Juden die Gleichberechtigung gab, besann man sich in Österreich darauf, daß sie hier noch keineswegs besteht. Nachdem in Amerika der Gedanke eines jüdischen Kongresses aufgetaucht war, erwachten in allen Ländern Organisationsbestrebungen. Als die englischen Juden von ihrer Regierung die bekannte Palästina-Erklärung erhalten hatten, mußten auch die deutschen Juden mit ihrer Regierung die Palästinafrage erörtern.

Wir stehen eben in der Judenfrage vor gewaltigen Umwälzungen, alles drängt auf eine Lösung hin, und das deutsche Judentum hat erkannt, daß es seine einzelnen Gruppen zusammenschließen und sich geschlossen der Armee des internationalen Judentums einreihen muß, um nicht vom Wirbel der Zeit atomisiert und vernichtet zu werden.

Diese Erkenntnis macht es möglich, daß sich so verschiedengesinnte Gesellschaften wie der Zentralverein und die Zionistische Vereinigung, die Liberale Vereinigung und der Vollzugsausschuß der Orthodoxie in der V.J.O.D. zusammenschlossen und sich auf ein Programm einigten, daß 1. den Juden aller Länder volle Gleichberechtigung, 2. Freiheit der Religionsübung, 3. selbständige Kultur für die Ostjuden, 4. freie Einwanderung und Entwicklung im ganzen osmanischen Reiche und 5. freie Niederlassung und Kulturpflege in Palästina erwirken soll.

Daß dieses Programm zustande kommen konnte, verrät deutlich genug, daß die verantwortlichen Führer des deutschen Judentums zu der Überzeugung gelangt sind: es ist nicht länger möglich, sich auf Parteigrundsätzen zu versteifen; die Stunde drängt zu gemeinsamem Handeln.

Es fragt sich nun, ob dies lediglich eine Erkenntnis der Parteiführer bleiben, oder ob sich diese Überzeugung auch in den weiteren Kreisen des deutschen Judentums geltend machen soll, das es sicherlich ablehnt, von einzelnen Führern wie eine willenlose Herde nach einer bestimmten Richtung gedrängt zu werden, vielmehr darauf halten wird, selbst an der Entwicklung der Dinge mitzuarbeiten. Nicht nur in den Zentralausschüssen der großen Organisationen, sondern auch in allen ihren Zweigen, ja in ihren sämtlichen einzelnen Mitgliedern wird sich die Überzeugung Bahn brechen müssen, daß es Zeit ist, sich zu gemeinsamem Handeln aufzuraffen. Selbst wenn man dabei ebensolche Konzesionen machen muß, wie sie die in der V.J.O.D. vereinigten Gruppen zu machen hatten, bevor sie sich einigen konnten.

W e n n ü b e r a l l d i e B e d e u t u n g d e r V. J. O. D. r i c h t i g e r k a n n t u n d i h r e S c h a f f u n g g e b i l l i g t w o r d e n i s t, so m u ß d i e l o g i s c h e F o l g e h i e r v o n d i e S c h a f f u n g v o n g e m e i n s a m e n A r b e i t s a u s s c h ü s s e n d e r j ü d i s c h e n O r g a n i s a t i o n e n i n a l l e n d e u t s c h e n S t ä d t e n s e i n.

Selbstverständlich werden diese Ausschüsse ganz andere Aufgaben haben als die V.J.O.D. Während diese die Interessen der Judenheit gegenüber den einzelnen Regierungen wahrzunehmen hat, werden jene sich lokalen Aufgaben zuwenden und Arbeiten tun müssen, die geeignet sind, die Position der jüdischen Bevölkerung in den einzelnen Städten zu stärken. Gewiß wird es sich durch einen solchen Zusammenschluß nicht ermöglichen lassen, daß a l l e jüdischen Aufgaben gemeinsam erledigt werden: in innerjüdischen, besonders in Erziehungsfragen wird jeder einzelne Verein weiter seinen eigenen Weg gehen müssen, aber auf anderen Gebieten gibt es eine Reihe von wichtigen Aufgaben.

In erster Linie bietet sich da die Aufgabe der s o z i a l e n F ü r s o r g e. Nie zuvor ist diese so brennend gewesen wie jetzt. Die Zahl der Hilfsbedürftigen ist durch die während des Krieges erfolgte namhafte Einwanderung von Ostjuden beträchtlich gestiegen. Für diese Einwanderer ist bisher so gut wie nichts geschehen; man ist sich



an vielen Orten noch nicht einmal über ihr Vorhandensein klar geworden; noch viel weniger hat man daran gedacht, ihnen die Anpassung an die äußeren Verhältnisse zu erleichtern (z. B. durch Abendkurse) und ihr Judentum, das stets mit dem Überschreiten der deutschen Grenze einer Bedrohung ausgesetzt ist, zu pflegen, andererseits von ihnen ein lebendigeres, volkstümlicheres Judentum zu erhalten, als es das der deutschen Juden ist. Es ist in den verschiedensten Städten notwendig geworden, Kindergärten, Ferienkolonien, Jugendheime, Männer- und Frauenorganisationen, Elternberatungsstellen, juristische und berufliche Auskunftsstellen für die Eingewanderten zu schaffen; aber es ist bisher nur verschwindend wenig auf diesem Gebiet geleistet worden. Hier eröffnet sich ein dankbares Feld für die Zusammenarbeit aller jüdischen Richtungen, wobei die einen mehr aus völlig uneigennützigem jüdischem Gefühl, die andren aus der Erwägung handeln können, daß es im Interesse der deutschen Juden selbst liegt, daß die Eingewanderten, für die man sie verantwortlich macht, sozial und kulturell so kräftig wie möglich erhalten werden. Derartig neuzeitliche soziale Intitute würden sicherlich dazu dienen, der gemeindlichen Fürsorge neue und bessere Wege zu weisen.

Neben dieser am nächsten liegenden Aufgabe bieten sich aber noch andere: es ist z. B. vielerorts das Bedürfnis nach einer jüdischen Volksschule rege, ohne daß man sich bisher seitens der Gemeindeverwaltung zu einem entscheidenden Schritt aufgerafft hätte. Ein Ausschuß aus allen lokalen Vereinen könnte hier einen starken Einfluß ausüben.

Es wird ferner solchen Ausschüssen möglich sein, Bibliotheken und Lesehallen zu schaffen, deren Fehlen heute an vielen Plätzen eine empfindliche Lücke bildet und die allen jenen, die den Wunsch haben, ihr jüdisches Wissen zu bereichern, ohne immer den Weg hierzu zu finden, eine große Hilfe wären. Auch im Interesse der Eingewanderten, denen das deutsche Schrifttum verschlossen ist, erscheint die Einrichtung solcher Bibliotheken als sehr wünschenswert.

Gewiß würden lokale Arbeitsgemeinschaften die jüdische Bevölkerung nach außen hin besser vertreten können als es heute geschieht. Bei Abgrenzungen der jüdischen Rechte gegenüber den Behörden, in besonders wichtigen Fällen auch bei der Abwehr antisemitischer Angriffe würden sie energischer und wirkungsvoller auftreten können als es heute seitens der Gemeindevorstände geschieht, denen in manchen Städten ganz andere Interessen als die jüdischen am Herzen liegen.

Auch in der für die bayerische Judenheit so überaus wichtigen Frage der Revision des Judenedikts könnten unter Umständen durch solche lokale Arbeitsgemeinschaften eine Verständigung unter den verschiedenen Richtungen gefordert und das von allen Seiten als notwendig anerkannte Reformwerk wesentlich gefördert werden.

Der Aufgaben gibt es genug, und sie sind sämtilch dringend — sollen sie alle unerledigt bleiben, weil das Verständnis für die Notwendigkeit einer Verständigung nicht erwacht ist oder der Wille hierzu fehlt? Seit Jahren reiten nun die lokalen Vereine auf ihrem Vereinsprogramm und auf ihren Vorurteilen gegen die andersgerichteten Gesellschaften herum; wenn man sich nur einmal entschließen wollte, mit den „Gegnern" sachlich über gemeinsame Interessen zu sprechen, käme man vielleicht dem gegenseitigen Verständnis und der gegenseitigen Schätzung ein gutes Stück näher.

Eine wichtige Frage ist es, welche Organisation in den einzelnen Städten den Anstoß zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft geben soll; bei der V.J.O.D. entsprang der Gedanke dem zionistischen Kreise, der ihm so lange den Boden ebnete, bis eine andere Organisation die Initiative ergriff. Bei der Tatkraft, die gerade die Zionisten auszeichnet, wird sich die Schaffung der lokalen Gruppen wohl am besten in ähnlicher Weise vollziehen.

Nur durch eine solche Verständigung der lokalen Gruppen wird es möglich sein, die V.J.O.D. aus einem künstlichen in ein natürliches Gebilde und in ein Spiegelbild der tatsächlichen Stimmung und Wünsche der deutschen Judenheit zu machen.

Die Stunde ruft zur Tat; ihren Ruf ungehört verhallen lassen, hieße, die Stellung der deutschen Juden im Gesamtjudentum schwer gefährden. —



Vertretersitzung der jüdischen Jugendorganisationen Deutschlands.

Die „Jüdische Rundschau“ schreibt:

Am Dienstag, dem 5. März, fand auf Anregung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Apfel, des Vorsitzenden des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, in Berlin eine Sitzung der jüdischen Jugendorganisationen statt, an der Vertreter der liberalen, orthodoxen, neutralen und national-jüdischen Richtung teilnahmen. Es war geplant, eine „Verständigungsgemeinschaft der jüdischen Jugendorganisationen“ zu schaffen, die neben einer Veränderung der Kampfformen u. Kampfmethoden eine Grundlage für gemeinsame Aktionen und ev. für eine große Aussprache der Jugend bieten sollte. Die Vertreter der national-jüdischen Gruppe haben in Vorbesprechungen ihre prinzipielle Geneigtheit zu erkennen gegeben, sich an den Verhandlungen zu beteiligen und dort die Möglichkeiten gemeinsamer Arbeit mitsuchen zu helfen.

Man konnte also meinen, daß die Verständigung einigermaßen gesichert sei, trotzdem die orthodoxen Organisationen zu dieser Sitzung ihre Vertreter nicht als Delegierte, sondern als Gäste teilnehmen ließen. Selbstverständlich bestand, sollte die Sitzung ein Ergebnis zeitigen, die Notwendigkeit, daß wirklich die Jugend zu Wort kam; außerdem mußte erwartet werden, daß tatsächlich die Grundlage vorhanden war, auf der eine Verständigung allein möglich sein konnte. Die erste Voraussetzung traf leider nicht zu. Es waren wieder einmal nur die „Führer“ erschienen, und die Enttäuschung war umso größer, als heute niemand sagen kann, ob und inwieweit die Jugend tatsächlich hinter ihnen steht. Aber was wichtiger war: Schon das einleitende Referat von Fräulein Dr. Cora Berliner, das die Grundlage für die weitere Aussprache sein sollte, und auf das sich die national-jüdischen Vertreter in den Vorbesprechungen nur deshalb geeinigt hatten, weil ihnen versichert worden war, daß es völlig objektiv sein und allen Standpunkten Rechnung tragen würde, war durchaus nur eine Parteirede, die in ihren prinzipiellen Teilen das übliche Programm der Assimilation in gemäßigten Formen wiedergab. Die Grundvoraussetzung für jede Verhandlung, die Anerkennung des „Primats des Judentums“, war nicht darin vorhanden, vielmehr wurde das Gegenteil von Frl. Dr. Berliner deutlich zum Ausdruck gebracht. Waren damit die Verhandlungen eigentlich bereits gescheitert, so waren die positiven Vorschläge des Referates noch weniger geeignet, einer Verständigung die Wege zu bahnen. Denn mochte sich auch über den einen oder anderen Punkt sprechen lassen, so mußten die national-jüdischen Vertreter es zum mindesten als einen schweren Verstoß ansehen, daß Frl. Dr. Berliner ihnen sozusagen Arbeit u. Einfluß in ihren eigenen Jugendorganisationen aus der Hand nehmen wollte. Denn wie wäre es sonst zu verstehen, daß sie vorschlug, gerade diejenige Jugendarbeit (das Turnen, das Schülerwandern, die Fürsorge für Volksschüler), die von nationaler Seite besonders gefördert worden war, in gemeinsame Regie zu geben? Die Antwort, die der Vertreter der national-jüdischen Gruppe, Herr Dr. Loewenstein, gab war natürlich scharf und mußte es sein, da die einseitig parteimäßigen Ausführungen des Fräulein Dr. Berliner nur mit einer entsprechenden Darlegung des Erziehungsprogramms in nationalem Sinne erwidert werden konnten. Dennoch bejahte

Herr Dr. Loewenstein nicht nur die Möglichkeit einer Verständigung, sondern machte den fruchtbarsten und in seinen Wirkungen sicher einer Verständigung am besten dienenden Vorschlag eines allgemeinen jüdischen Jugendtages.

Dadurch sollte der Jugend selbst die Möglichkeit gegeben werden, sich über die Grundfragen einmal in jugendlicher Unabhängigkeit auszusprechen und aus der gewonnenen Erkenntnis mit jugendlicher Unbedingtheit die Folgerungen zu ziehen. Wir glauben nicht, daß ein solcher Jugendtag die jüdische Jugend Deutschlands von heute auf morgen zu nationaler Gesinnung führen würde; wir haben aber das feste Vertrauen, daß er allerdings die Durchsetzung des Gedankens fördern würde, daß für die jüdische Jugend die jüdische Gemeinschaft diejenige sein müsse, der sie ihre besten Kräfte zu weihen hat. In einer klugen und versöhnlichen Rede, die starken Beifall in der ganzen Versammlung auslöste, führte Herr Dr. Buber diesen Gedanken aus. In seinem Wunsche, eine wirkliche Verständigung der Jugend zu erreichen, schlug er die Einsetzung eines Ausschusses vor, der einen derartigen Jugendtag vorbereiten sollte. Einen solchen Jugendtag hätte niemand zu scheuen brauchen, der an seine Idee und die von ihm vertretene Jugend glaubt. Trotz der scharfen Ablehnung der Einberufung eines Jugendtages durch Rabbiner Dr. Goldmann hielten die nationaljüdischen Vertreter an ihrem Vorschlage fest. Die große Mehrzahl der Redner, die gegen Schluß der Sitzung sprachen, erkannte an, daß eine Verständigung möglich sei und niemand hatte schließlich mehr das Gefühl, daß die Sitzung völlig resultatlos verlaufen würde. Lediglich die Auffassung der Orthodoxen, deren Vertreter, Herr Rosenheim-Frankfurt a. M., übrigens das weitgehendste Verständnis für die Haltung der national-jüdischen Vertreter gezeigt hatte, war zweifelhaft.

Da geschah das Überraschende, daß Herr Dr. Apfel selbst die Brücke zu einer Verständigung abbrach, indem er als „Gruppenführer" seines Verbandes erklärte, dem Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses jetzt nicht mehr zuzustimmen.

Es sei hier festgestellt, daß die nationale Gruppe nie einen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie jede Festlegung auf ein gemeinsames Programm ablehnen und sich nur auf solche Vorschläge einlassen würde, die von vornherein zu einer Mißdeutung ihrer programmatischen Stellungnahme keinen Anlaß geben würde. Eine derartige Auffassung muß für sie solange verbindlich bleiben, als nicht überall das geforderte Primat des Judentums anerkannt wird.

Das Recht der rumänischen Juden.

Die Aussicht auf das Zustandekommen eines Friedensvertrages zwischen den Zentralmächten und Rumänien hat in der ganzen Welt die Frage aktuell gemacht, ob bei dieser Gelegenheit endlich der Forderung nach völliger Durchführung der Gleichberechtigung der rumänischen Juden Genüge getan werden wird.

Die neugegründete „Vereinigung Jüdischer Organisationen Deutschlands" hat ihrem Programm entsprechend den maßgebenden Stellen Vorschläge unterbreitet, die die Durchführung des Berliner Vertrages sichern sollten.

In Erfüllung seiner Pflicht als Vertretung gesamtjüdischer Interessen hatte das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation sich darüber vergewissert, welche Haltung zunächst die Kaiserlich Deutsche Regierung in dieser Frage einzunehmen gedenkt, und die Auskunft erhalten, daß von ihrer Seite aus auf die Beseitigung des den Berliner Vertrag verletzenden Unrechts hingewirkt werden würde.

Mit Rücksicht auf die Veröffentlichungen über den Inhalt des Präliminarabkommens hat sodann das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation nochmals die Wünsche, die den vom Gesamtjudentum im Interesse der rumänischen Juden erhobenen Forderungen entsprechen, zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht. Der Vorsitzende des Aktionskomitees, Professor Warburg, wurde in dieser Angelegenheit von dem Unterstaatssekretär v. d. Bussche empfangen. Ferner wurde dem Auswärtigen Amt eine Denkschrift überreicht, welche die Rechtslage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen genau umschreibt und für die Beseitignug des in der Verletzung des Art. 44 des Berliner Vertrages liegenden Unrechts konkrete Vorschläge macht. Gleichzeitig wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Juden Rumäniens auch das Recht zu gewährleisten, entsprechend ihren eigenen Wünschen ihre religiöse, kulturelle und nationale Eigenart zu pflegen und die hierfür notwendigen Formen zu schaffen.

Der Reichskanzler, Graf v. Hertling und der Vizekanzler v. Payer wurden durch ausführliche Telegramme über die vom Aktionskomitee der Zionistischen Organisation unterbreiteten Wünsche in Kenntnis gesetzt und über die Einzelheiten durch Denkschriften unterrichtet.

Gleichzeitig wandte sich das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation telegraphisch an den Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichstags und brachte so seine Forderung zur Kenntnis des Hauptausschusses. Im Zusammenhang damit fanden Besprechungen mit maßgebenden Persönlichkeiten der führenden parlamentarischen Gruppen statt.

Da es nur des tatkräftigen Eintretens der Zentralmächte bedarf, um die einheitlichen Wünsche des gesamten jüdischen Volkes in der rumänischen Judenfrage zu erfüllen, darf man hoffen, daß es diesmal gelingen wird, durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen dem seit Jahren den rumänischen Juden in Umgehung des Berliner Vertrages zugefügten Unrecht ein Ende zu bereiten.

Aufruf.

Während im Osten die Morgenröte des Friedens heraufdämmert, wollen unsere verblendeten westlichen Gegner die Hand zum Frieden noch nicht reichen. Sie wähnen noch immer, uns mit Waffengewalt zu Boden ringen können. Sie werden erkennen müssen, daß das deutsche Schwert die alte Schärfe besitzt, daß unser braves Heer unwiderstehlich im Angriff, unerschütterlich in der Verteidigung, niemals geschlagen werden kann. Von neuem ruft das Vaterland und fordert die Mittel von uns, die Schlagfertigkeit des Heeres auf der bisherigen stolzen Höhe zu halten. Wenn alle helfen, Stadt und Land, reich und arm, groß und klein, dann wird auch die 8. Kriegsanleihe sich würdig den bisherigen Geldsiegen anreihen, dann wird sie wiederum werden zu einer echten rechten deutschen Volksanleihe.

Alldeutsche Regelung der Judenfrage.

Vorauszuschicken ist: 1. Alldeutschtum und Vaterlandspartei sind innig verbunden, 2. Die Vaterlandspartei hat wiederholt erklärt, gegen die Juden im allgemeinen habe sie nichts, nur gegen jene, die nicht auf dem Standpunkt ihres Parteiprogrammes stehen. 3. Es gab und gibt Juden, die der Vaterlandspartei angehören und zum Alldeutschtum schwören.

Nach diesen Feststellungen ist es interessant zu hören, was das Blatt „Deutschlands Erneuerung", dem Sprachrohr der alldeutschen Kraftmeier, neuerlich zur Judenfrage zu bemerken hat. Ihr Mitarbeiter Arnold *Wagemann* führt dort aus, daß die Emanzipationserklärung von 1812 ein Mißgriff war; denn:

„Das Material zur Beurteilung der Frage, das damals fehlte, hat ein Jahrhundert tatsächlicher Übung in den neugeschaffenen Lebensbedingungen erbracht, unterstützt durch die Forschung, welche die Unhaltbarkeit der früher herrschenden Auffassung dargetan hat, daß die Judenfrage eine Bekenntnisfrage sei, ein Standpunkt, den auch das Gesetz vom 3. VII. 1869 noch einnimmt, indem es, wesentlich im Hinblick auf die Juden, bestimmt, daß die aus den Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses herzuleitenden Beschränkungen, insbesondere soweit die Fähigkeit zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung in Frage komme, aufgehoben würden. — Die Forschung läßt heute keinen Zweifel darüber zu, *daß die Judenfrage in erster Linie eine Rassenfrage ist*, welche nur gerade hier, mehr als dies sonst der Fall ist, mit dem religiösen Bekenntnis verknüpft ist."

Also die Judenfrage eine Rassenfrage! Um dem Autor auf den verschlungenen Pfaden seiner Logik folgen zu können, merke man sich dieses Postulat!

Um nun den tiefen Gegensatz zwischen Judentum und Deutschtum treffend zu charakterisieren, führt der Verfasser die folgenden wissenschaftlichen Beweise an:

„Lediglich dem Umstand, daß der Jude kein Vaterland besitzt, ist es zu verdanken, daß die Idee seines Volkstums in unserer Auffassung verdunkelt werden konnte. Aber gerade infolge dieser Vaterlandslosigkeit der Juden haben Judentum und Volkstum sich zu strengen Gegensätzen entwickelt, welche unvereinbar sind. — Volkstum findet sein Heil in der Beschränkung auf das Eigene und in der liebevollen Pflege desselben, Judentum strebt nach der Maßlosigkeit des Internationalen, nach äußerem Emporkommen unter Ausbeutung des Fremden; — und fremd ist und bleibt ihm auch das Volk, dem es kraft Gesetzes angehört. — Das beweist uns jede Zeitung, jede Volksrede, jedes Urteil über das uns feindliche Ausland, die aus jüdischem Geiste zu uns herüberklingen. Alles das, was unsere Kraft, unsere Lust und unseren Stolz bedeutet, sehen wir hier öffentlich in den Staub gezerrt. Seit dem es den Juden gelungen ist, in der Presse und dem Parlamente zu Worte zu kommen, seitdem wird unserem Volk tagaus tagein ein undeutscher, uferloser, jedes seelischen Wertes barer Internationalismus gepredigt, dessen Fundament die allseitige Ausbeutung bildet.

Das Gesetz vom März 1812 hat uns in diese Verwirrung gestürzt und eine Kette für unser Volkstum geschmiedet, die wir zerbrechen müssen. — Es ist ein Mißgriff gewesen und steht in Widerspruch zu den im übrigen bei uns herrschenden Auffassungen."

Was kann man dagegen sagen, wenn einem Tatsachen mit solcher Sachlichkeit und Logik nachgewiesen werden? Überhaupt die Logik! Herr Wagemann will nämlich die Bewohner des preußischen Staates in Angehörige, Aufgenommene und Fremde eingeteilt und die Juden der Klasse 3, bestenfalls der Klasse 2 zugeteilt wissen. Dadurch würde dann erreicht:

„daß der Jude, welcher die Rechte eines Deutschen für sich in Anspruch nimmt, damit stillschweigend die Verpflichtung übernommen hat, sich von den Zielen seines bisherigen Volkes zu lösen, aus dem Verbande der Juden auszutreten und, da dieser in der Synagogengemeinde seine äußere Organisation findet, seine bisherigen religiösen Auffassung aufzugeben. Damit würde auch das Streben nach Reinerhaltung des jüdischen Volkes für ihn fortfallen; da er ein Deutscher geworden ist, hat es kein Interesse mehr für ihn. Wer von den Juden sich zu diesem Schritt nicht entschließen kann — und keiner von ihnen ist in dieser Richtung irgendwie zu beeinflussen —, der hat auch die Folgerung aus seiner Stellungnahme zu ziehen und als Gast des deutschen Volkes sich jeder Einmischung in dessen Leben und Gestaltung zu enthalten. — Das verlangt eine ehrliche und anständige Gesinnung, die wir auch bei den Juden voraussetzen dürfen, ein anderes Verhalten wäre grober Vertrauensbruch. Jedenfalls ist zu verlangen, daß ein Jude, der in Presse, Versammlungen, Parlament für das deutsche Volk das Wort ergreift, vorher dazu angehalten wird, Auskunft darüber zu geben, ob er Mitglied der Synagogengemeinde ist oder nicht, damit man erkennen kann, was von seinem Deutschtum und seiner Berechtigung, das Wort zu führen, zu halten ist."

Also auf einmal ist die Synagoge daran schuld, und vorhin war es doch fast lediglich eine Rassenfrage. Welche Veränderung mögen wohl die Rassenmerkmale eines Juden erleiden, wenn er aus der Synagogengemeinschaft austritt?

Zum Schluß schlägt dieser deutsche Erneuerer noch vor:

„Nötigenfalls würde das Gesetz von 1812 einen Anhang zu erhalten haben über die mit dem Eintritt der Juden in das deutsche Volk von ihnen übernommenen Pflichten."

Ob in diesem Anhang auch die Pflicht genannt ist, die in der Emanzipationserklärung ausgelassen

wurde und der doch die Juden im Laufe dieses Krieges so hingebend nachgekommen sind: für Deutschland zu sterben? Aber vielleicht betrachtet der Verfasser dies nur als ein unbegründetes Vorrecht der verdammten Juden, und sein Ärger gegen sie entspringt der Tatsache, daß so viele, viele von ihnen für Deutschland sterben durften, während er — der Arme!— sich damit begnügen muß, es vom Schreibtisch aus zu erneuern.

Ein politisches Märchen . . .

Es klingt eigentlich paradox, wenn ich politische „Märchen" erzähle, in einer Zeit, wo der größte aller Kriege weltgeschichtliche Umwälzungen hervorgerufen hat. Auch in ruhigeren Zeiten könnte ich es nicht leicht wagen, ernsten „politisch" denkenden Menschen mit „Märchen" aufzuwarten... Ich habe aber die Schrulle, ein w a h r e s Märchen zu erzählen und sollte dasselbe Vielen bereits bekannt sein, so mögen sie etwas Nachsicht mit mir haben — — —.

Es war noch in vorfeldgrauer Zeit, als der Zarismus seine höchste Macht erreicht hat und nach Niederwerfung der Oktoberrevolution vom Jahre 1905 dazu schreiten wollte, seine Gewalt für ewige Zeiten zu befestigen. Man muß allerdings nicht gleich an die finsteren Jahrhunderte des Mittelalters denken, wo die Menschheit überall, namentlich aber im heiligen russischen Reiche unter dem schweren Joche der russischen Peiniger gestöhnt hat. Im Gegenteil, die Zeit, über welche wir berichten, spielt in unserer Gegenwart; es sind kaum 5 Jahre seither verstrichen und es mag nur den großen Leiden, Entbehrungen und Enttäuschungen, die sowohl Einzelne, als auch ganze Stämme und Völker erfahren haben, zuzuschreiben sein, wenn sie uns in solch weite Fernen gerückt vorkommt...

Wie gesagt, der Zarismus stand in seiner Blüte und mit ihm auch die Unterdrückung dieser vielen, das heilige Rußland bewohnenden Völker. Die dreihundertjährige Feier des Hauses Romanow war mit großem Pomp begangen und in Petersburg war der Hauptschlag gelungen, alle Völker, namentlich aber das polnische Volk zu knebeln, indem man ein „gleiches" Wahlrecht schuf, das 20 Millionen Polen ein Dutzend Sitze in der Duma gewährt hatte...

Und so kamen die Wahlen zur letzten Duma von Väterchens Zars Gnaden... Ob der Zufall oder ob grausam-kalte Berechnung der zaristischen Machthaber hier die Hand im Spiele hatten will ich hier nicht auseinandersetzen, es genüge die Tatsache, daß in der Hauptstadt des Königreiches Polen mehr jüdische Wahlmänner als polnische gewählt wurden und es hätte aus der polnischen Hauptstadt — ein jüdischer Abgeordneter hervorgehen sollen. —

Die jüdischen Wahlmänner, respektive die einzelnen jüdischen Parteien befanden sich da in einer Klemme. Nicht weil sie untereinander nicht einig waren, auf welche jüdische Partei sie stimmen sollen, das wäre bald erledigt. Allein die Juden, die von allen Völkern Rußlands am meisten unterdrückt waren, hatten ein tiefes Verständnis für das unterdrückte polnische Volk; und eben dadurch, daß der Zarismus sie zum Werkzeug der Unterdrückung einer anderen Nation benützen wollte, beschlossen sie — im Besitze ihrer Macht — großmütig zu handeln. — — —

Der Wahltag war vorüber. Ein Sturm ging durchs ganze polnische Land. Ein gewaltiger Schrei nach Rache erscholl und der größte wirtschaftliche Boykott der — Juden wurde mit der härtesten Strenge gepredigt und auch tatsächlich durchgeführt. Was war geschehen? Haben die Juden, von der augenblicklichen Macht betört, sich in zwölfter Stunde noch eines Besseren besonnen und ihr gutes Recht auf eigene jüdische Vertretung, die doch auch kaum zum Vorschein kommen konnte, ausgeübt? Aber nein! Aus der Wahlurne der Hauptstadt ging ein polnischer Abgeordneter, namens Jagiello hervor. — Doch weswegen diese Aufregung und der auf Tod und Leben angekündigte Kampf gegen die Juden? Es geschah nämlich in jenen Tagen folgendes: die jüdischen Wahlmänner haben trotz ihrer überwiegenden Mehrheit beschlossen, einem polnischen Wahlmann die Stimme zu geben, damit der p o l n i s c h e Charakter der Hauptstadt Polens gewahrt werde. Und was verlangten sie als Gegenleistung? Bekanntlich gibt es in der Politik keine Sentimentalitäten und der ist ein Tor, der auf politische Gerechtigkeit hofft. Jedoch die Juden waren sehr bescheiden und erklärten, sie verzichten auf ihr gutes Recht und würden jenem polnischen Wahlmanne, der die Forderung nach Gleichberechtigung der Juden in Rußland unterstützen wird, ihre Stimme geben. Man sollte doch meinen, daß eine, im Besitze der Macht stehende Gruppe gar nicht selbstloser handeln könnte; und eigentlich müßten die Juden, durch deren Stimme der polnische Abgeordnete gewählt werden sollte, nicht erst mit dieser primitiven Forderung herausrücken, weil dies doch selbstverständlich wäre; auch für den Fall, wenn der polnische Abgeordnete auf gar keine jüdischen Stimmen reflektiert hätte und nur als Sohn eines unterdrückten Volkes diese gerechte Forderung hätte unterstützen sollen. Es geschah aber etwas Sonderbares: in der Parteigruppierung der polnischen Wahlmänner war die national-demokratische Partei in der überwiegenden Mehrheit und wenn die Juden nicht die Majorität hätten, würde ein national-demokratischer Abgeordneter gewählt werden. Diesem Umstande Rechnung tragend, begaben sich die jüdischen Wahlmänner zu jenem national-demokratischen Wahlmann, der voraussichtlich von den Polen gewählt worden wäre (wenn ich nicht irre, war dies der jetzige polnische Ministerpräsident) und trugen ihm das Mandat unter obenerwähnter Bedingung an, einer Bedingung, die im Zeitalter der nationalen Selbstbestimmung gewiß sehr bescheiden war. Und das Resultat? Dieser Herr, der von jüdischer Gnade und aus politischem Zartgefühl hätte gewählt werden sollen, wollte dieses kleine Zugeständnis den Juden nicht machen und verlangte, die Juden sollten ihn wählen, auch wenn er für ihre Gleichberechtigung nicht eintreten werde. Diese schändliche Erniedrigung konnten und wollten die Juden Warschaus sich nicht gefallen lassen. War denn das die Meinung aller polnischer Wahlmänner und somit des ganzen polnischen Volkes? Nein! Noch war das polnische Volk nicht so weit gesunken, daß in seiner Mitte das elementarste Gefühl der Gerechtigkeit erstickt worden wäre. Es befand sich unter den Wahlmännern ein polnischer Sozialist, der selbstverständlich für die Gleichberechtigung der Juden in Rußland einzutreten bereit war.

Der nationale polnische Charakter der Stadt Warschau war gerettet, der P o l e Jagiello wurde

durch die Juden und dem fortschrittlichen Teile des polnischen Volkes in die Duma entsendet und doch haben die Polen gewaltsam den wirtschaftlichen Boykott über die Juden Polens verhängt und dadurch tausende jüdischer Existenzen vernichtet...

So geschehen in Polen im Jahre 1913 — — —

I. Dawidmann, Drohabycz.

Welt-Echo

Sammlungen für Palästina.

Auf Antrag der bayerischen Rabbinerkonferenz hat der König von Bayern eine Sammlung zu Gunsten der notleidenden Juden in Palästina am bevorstehenden jüdischen Osterfeste in der Zeit zwischen dem

25. März und 15. April

in den Synagogen Bayerns genehmigt.

Die Sammelgelder sollen aus den einzelnen Rabbinaten unmittelbar an die „Deutsch-Holländische Palästina-Verwaltung" in Frankfurt a. M., Postscheckkonto 9553, eingesandt werden.

Die einzelnen Rabbinate sind gebeten worden, dem Rabbinat in München von dem Ergebnis der Sammlungen Mitteilung zu machen.

Die V.J.O.D. beim Reichskanzler. Der Reichskanzler empfing am Freitag, den 15. März die Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer der neu gegründeten Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens, welche ihm die Wünsche der deutschen Juden wegen einer Regelung der rumänischen Judenfrage im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Bukarest vortrugen. Nach Anhörung der eingehenden Darlegungen der Herren erklärte der Reichskanzler, daß die kaiserliche Regierung an einer befriedigenden Regelung der rumänischen Judenfrage Interesse nehme und sie bereits zum Gegenstand von Besprechungen im Rahmen der in Bukarest stattfindenden Friedensverhandlungen gemacht habe. — Am Empfang nahmen teil die Herren Dr. James Simon, Geh. Justizrat O. Cassel, Dr. Paul Nathan und Prof. Dr. Franz Oppenheimer. Herr Rechtsanwalt Dr. Hantke war durch Abwesenheit von Berlin am Erscheinen verhindert. —

Der rumänische Minister des Äußern, Dr. Mischu, der sich gegenwärtig auf der Durchreise von London nach Rumänien in Bern aufhält, erklärte einer Abordnung des Schweizer Komitees pro causa judaica: Die sofortige Lösung der rumänischen Judenfrage durch vorbehaltlose Regelung der Gleichberechtigung sei unbedingt notwendig, und er werde an seiner Stelle mit allen Kräften dafür eintreten.

Ein preußischer Gemeindebund. Der Deutsch-Israelitische Gemeindebund hat beschlossen, die seit fast einem Jahrzehnt liegen gebliebenen Arbeiten für die Vorbereitung eines Gesetzentwurfes über den Zusammenschluß der jüdischen Gemeinden in Preußen wieder aufzunehmen und hat bei dem Verbande der Deutschen Juden angefragt, ob er sich an dieser Arbeit wie früher beteiligen wolle. Der große Ausschuß des Verbandes hat beschlossen, an diesen Arbeiten sich wieder zu beteiligen. Die Frage der Stellung von Anträgen bei der Regierung oder dem Landtag bleibt für den geeigneten Zeitpunkt vorbehalten.

Der jüdische Kongreß. Das Jüdische Koresp.-Bureau meldet aus London, daß der Vorsitzende des Komitees für den jüdischen Kongreß, der am 2. März in Petersburg zusammentreten sollte, in der letzten Stunde von den Volksbeauftragten verhaftet worden sei. Redakteure jüdischer Blätter sitzen im Gefängnis.

Das jüdische Regiment in England. Das Jüdische Korrespondenzbureau im Haag übermittelt uns folgenden Reuterbericht:

Das jüdische Regiment marschierte heute durch die Straßen Londons. Am Mansionhouse wurde dem Lordmayor der Salut gebracht. Vertreter des Kriegsministeriums inspizierten dann das Regiment. Es fand sehr viel Interesse bei der Bevölkerung, da es die erste Militärabteilung ist die ausschließlich aus Juden besteht.

Die Juden und die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Das Jüdische Pressebureau in Stockholm meldet:

Der Bundesvorstand des niederländischen Zionistenbundes erließ einen Protest dagegen, daß bei den Verhandlungen, die in Brest-Litowsk geführt worden sind, die Vertreter der Juden nicht gehört wurden, obgleich dabei nicht allein die Interessen von Millionen Juden und die Regelung ihrer nationalen Minoritätsrechte berührt werden, sondern auch die spätere definitive Regulierung der Judenfrage beeinfußt werden könnte.

Dieser Protest gibt der Mißstimmung weitester jüdischer Kreise in allen Ländern infolge der Ignorierung der jüdischen Frage bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk Ausdruck. Die jüdische Öffentlichkeit findet es unbegreiflich, daß die russische Delegation, die doch in Brest-Litowsk das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen proklamiert hat und dieses für die Polen, Litauer, Kurländer usw. zu verwirklichen bestrebt ist, es unterlassen hat, dieses Selbstbestimmungsrecht auch für das jüdische Volk in Anspruch zu nehmen.

Das Verschweigen der jüdischen Frage durch die deutsche Delegation wirft ein eigentümliches Licht auf den Wert der vor kurzem abgegebenen Erklärung des stellvertretenden Staatssekretärs des Äußeren, von dem Bussche, der doch den Juden die wohlwollende Unterstützung der deutschen Regierung für ihre nationalen Bestrebungen zugesagt hat.

Der mögliche Friede zwischen Rußland und dem Vierbund berührt sowohl die Interessen von Millionen Juden in Polen, Litauen und Galizien als auch die Frage der Zukunft Palästinas. Das jüdische Volk hat somit zweifellos ein Recht darauf, vor dem Abschluß dieses Friedens gehört zu werden. In jüdischen Kreisen wird die Frage der Entsendung einer besonderen jüdischen Abordnung nach Brest-Litowsk ernstlich erwogen.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Würzburg. In der abgelaufenen Woche verstarb hier der in weiten Kreisen bekannte ehemalige Rabbiner von Sennheim (Els.) Salomon Bamberger im Alter von 83 Jahren. Der Verlebte war ein Sohn des berühmten Würzburger Rabbiners Seligm. Bär Bamberger und bekleidete die Stelle in Sennheim nahezu drei Dezennien. Trotz der schwierigen Verhältnisse hielt er in seinem Wirkungskreise so lange als möglich aus und er war wohl einer der letzten Einwohner dieser so schwer heimgesuchten Ortschaft im Elsaß. Erst nach dem

Krieg wird auf die letzten Erlebnisse dieses echten Seelsorgers zurückzukommen sein, der bei den Behörden sowohl wie bei seinen Mitbürgern ein ehrendes Gedenken zurückläßt. F.

Nationalfonds. Die erste Gruppe des Münchener Blau-Weiß ihrem lieben Eli zum Abschied 2 Ölbäume. 12 Mk.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß“. 1. Zug: Gauting—Pasing. Harras 8 Uhr. 5 Pfg. 2. Zug: Schäftlarn—Starnberg—Mühltal. Isartalbahnhof 7.15 Uhr. 1.15 Mk. 3. Zug: Zum Bagger. Isartalbahnhof 1.40 Uhr. 25 Pfg. 1. Gruppe: Gauting—Starnberg—Gauting. Starnbergerbahnhof 8.30 Uhr. 85 Pfg. 2. Gruppe: Zu den Belgiern. Bogenhauserbrücke 1.30 Uhr. 5 Pfg. 3. Gruppe: Planegg—Gauting. Bavaria 9 Uhr. 45 Pfg.

Verein Bne Jehuda. Samstag, den 23. ds. Mts. fällt der Vereinsabend aus. Es findet statt: Vortrag des Herrn Nahum Goldmann über: „Die Juden der Weltpolitik“. Beginn 8 Uhr im Mathildensaal (Mathildenstraße 4).

Bekanntmachung.

Betrifft: **Kondensierte Milch für das Passahfest.**

Die für das Passahfest hergesetellte kondendere als rituelle Milch nicht genießen, können gegen Abgabe der Milchkartenabschnitte irgend einer Kommune für die Zeit vom 27. März bis 5. April ds. Js. rituelle kondensierte Magermilch von einer der nachstehend verzeichneten Firmen beziehen.

Für eine Dose Milch sind Milchkartenabschnitte über

2 Liter Magermilch
oder 1 Liter Vollmilch

dem Händler abzugeben. Die an eine Person zu verabfolgede Menge darf vier Dosen nicht überschreiten. Der Preis beträgt Mk. 1.50 pro Dose.

Die für das Passahfest hergestellte kondensierte Milch darf gemäß rabbinischer Entscheidung nur von Kranken und Schwachen genossen werden.

Die kondensierte Milch ist erhältlich bei den Firmen:

J. Anton-Alexander, Berlin N. 24, Oranienburgerstraße 3,
Ad. Goldschmidt, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 45,
Saumel Hasz, Berlin C. 54, Gipsstraße 12a,
David Bauer, Frankfurt a. M., Börnestraße 29,
Ad. Zinner jr., Hamburg, Grindelallee 138.
J. Seligmann, Hamburg, Rappstraße 18,
Benno Sklarz, Breslau, Antonienstraße 15,
Louis Müller, München, Rumfordstraße 42.

Berlin W. 8, den 18. März 1918.
Friedrichstr. 167/68.

Kriegskommission für rituelle Lebensmittel G. m. b. G.

Freirich. Blank.







1918	Wochenkalender		5678
	März	Nissan	Bemerkung
Sonntag	24	11	
Montag	25	12	
Dienstag	26	13	
Mittwoch	27	14	
Donnerstag	28	15	פסח
Freitag	29	16	פסח
Samstag	30	17	חוה"מ

Zeichnet die 8. Kriegsanleihe!

Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.